

Anton Pelinka

Eine gemeinsame Geschichte, die trennt Österreich und die EU- Erweiterung

Als Österreich am 1. Oktober 1995 der Europäischen Union beitrug, wurde dieser Schritt von besonderer Erwartung begleitet: Österreich werde, wegen seiner geographischen, insbesondere aber historischen Nähe zu den vormals kommunistischen Staaten Ost-Mitteleuropas, eine besondere Brückenfunktion in Zentraleuropa übernehmen. Österreich würde, so die Prämisse, ein besonderer Anwalt für die Interessen insbesondere der vier Visegrad- Staaten und Sloweniens sein. Als EU-Mitglied würde Österreich entscheidend mitwirken, dass die Reformstaaten Zentraleuropas möglichst rasch in die Europäische Union integriert werden.

Die Europäische Union hatte 1993, auf dem „Gipfel“ (dem Europäischen Rat) in Kopenhagen, einen Grundsatzbeschluss gefasst, den postkommunistischen Staaten Ost-Mitteleuropas die Tore zur Union zu öffnen. Geknüpft an die „Kopenhagen Kriterien“, die als Voraussetzungen der Mitgliedschaft politische (Demokratie), rechtliche (Rechtsstaat) und ökonomische (Marktwirtschaft) Standards formulierten, sollte den Transformationsstaaten eine realistische Perspektive eröffnet werden, in absehbarer Zeit dem „Club“ der demokratischen und wohlhabenden Staaten Europas beitreten zu können.

Österreich war zur Zeit dieser Beschlüsse noch nicht EU-Mitglied. Doch mit der Mitgliedschaft übernahm Österreich auch die Verpflichtungen von Kopenhagen. Und die EU sah in Österreich vor und nach dem Beitritt 1995 den bestgeeigneten Akteur, der entscheidend dazu beitragen könnte, eine Union Westeuropas zu einer gesamteuropäischen Union zu machen. Doch das Österreich, das 1995 der Union beitrug – die Republik – wurde in der Tradition der Monarchie gesehen, des Vielvölkerstaates.

Erwartungen, die aus der Geschichte kamen

Immer wieder wurde im Zuge des österreichischen EU-Beitritts von europäischer Seite betont, dass Österreich nicht nur durch seine Lage, sondern auch und vor allem durch seine Geschichte geradezu prädestiniert sei, die postkommunistischen Staaten in die EU zu holen. Waren nicht Krakau, Prag und Ljubljana bis 1918 ein Stück Österreich – und waren nicht Budapest und Bratislava als Städte unter der Stephanskrone nicht ebenfalls bis zum Ende des Ersten Weltkrieges Teile des Habsburger Reiches? Waren nicht Tomas Masaryk österreichischer Reichsratsabgeordneter, Nikolaus Horthy österreichisch-ungarischer Admiral und Jozef Pilsudski Offizier der k.u.k. Armee? War nicht das alte Österreich ein Labor eines neuen Europas, das nun endlich verwirklicht werden konnte? Und sollte daher nicht dieses neue Europa auf die Erfahrungen und die Expertise jener bauen können, die für das Österreich von heute agierten?

Das offizielle Österreich – die österreichischen Bundesregierung – bestärkte diese Annahme. Bundeskanzler Franz Vranitzky und die SPÖ wie auch Außenminister Alois Mock und die ÖVP sprachen sich immer auf der Grundlage der „Kopenhagener Kriterien“ für einen zügigen Prozess aus, der Österreichs Nachbarn möglichst schnell zu Mitgliedern der Union machen sollte.

Doch es war nicht das ganze Österreich, das sich für die Erweiterung engagierte. Es waren die politischen Eliten – die politische Klasse, bestehend aus den Spitzen der beiden Großparteien und aus Intellektuellen verschiedenster Provenienz. Diese Eliten zeigten sich als begeisterte Mitteleuropäer. Sie sorgten dafür, dass Österreich – etwa in Form von Außenstellen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts – eine starke Präsenz im ostmitteleuropäischen Raum entwickelte. Es waren auch die kulturellen Eliten, die Kooperationen mit Prag und Budapest und den anderen zentraleuropäischen Metropolen auf- und ausbauten und so die alten, bis 1989 so undurchlässigen Grenzen überwinden halfen. Und es waren die wirtschaftlichen Eliten, die in den Nachbarstaaten Österreichs investierten. Österreichische Banken und Versicherungen, Industrie- und Handelsunternehmungen waren (und sind) in diesem Raum überaus erfolgreich.

Rationale und andere Widerstände

Wie auch in anderen Bereichen der europäischen Integration sollte sich jedoch bald zeigen, dass die Gesellschaft, dass die Bevölkerung jenseits der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Eliten mit der EU und speziell auch mit deren „Osterweiterung“ viel weniger Positives verband. Eine Kombination aus rational nachvollziehbaren Ängsten und irrationalen Vorurteilen wurde so zu einem nationalen Meinungsbild, das Österreich insgesamt nicht als Vorreiter der Erweiterung, sondern als deren wichtigsten Bremser auswies.

Rational nachvollziehbar waren die vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammer formulierten Bedenken, dass eine rasche Öffnung des Arbeitsmarktes der EU zu einem Lohn- und Sozialdumping führen könnte. Die sozial Schwächeren in Österreich, so die Befürchtung, hätten durch eine schnell wachsende Konkurrenz aus den Niedriglohnländern Ostmitteleuropas nur zu verlieren. Das soziale Netz Österreichs wäre gefährdet.

Irrational waren hingegen Motive, die zunächst nicht deutlich hervortraten und die erst ab 2000 – im Zusammenhang mit der Regierungsbildung nach der Nationalratswahl 1999 – politisch messbar wurden. Die FPÖ, nach 13 Jahren wieder in der Regierung, reklamierte schon in das Regierungsprogramm eine besondere Verpflichtung zur Wahrnehmung der Interessen der als Deutsche vor allem aus der CSR und Jugoslawien vertriebenen „Altösterreicher“. Damit wurde die österreichische Regierung in eine Position gedrängt, die sich nicht leicht mit der weiterhin offiziell positiven Einstellung der für 2004 geplanten Erweiterung vereinbaren ließ. Denn die FPÖ verlangte, nunmehr als Regierungspartei, die Revision der tschechoslowakischen Benes- und der jugoslawischen AVNOJ- Dekret – unbeschadet der Tatsache, dass weder die CSR noch Jugoslawien weiter existierten.

Die irrationale Konsequenz aus dieser an sich nachvollziehbaren Position war, dass sie letztlich nur gegen einen der betroffenen Nachfolgestaaten – gegen die Tschechische Republik – wirksam wurde; dass die Slowakei, als zweiter Nachfolgestaat der CSR, in diesem

Zusammenhang quasi ignoriert wurde; und dass gegenüber Slowenien als einem der Nachfolgestaaten Jugoslawiens das Thema nicht wirklich zu einem politischen Konflikt hochgespielt wurde.

Die Tschechische Republik war in gleichem Ausmaß für die 1945 von Benes erlassenen Dekrete verantwortlich wie die Slowakei. Deutschsprachige (und ungarischsprachige) Bürgerinnen und Bürger der CSR waren aus beiden Landesteilen vertrieben worden – aus Böhmen und Mähren wie auch aus der Slowakei. Österreich überbot noch dazu mit der Konfrontation der Tschechischen Republik ganz eindeutig die Haltung Deutschlands, das mit der Regierung und Prag längst zu einem modus vivendi in Sachen Vergangenheit gefunden hatte. Österreich war – wieder einmal – deutscher als die Deutschen.

Die rational nicht nachvollziehbare Fixierung auf die Tschechische Republik wurde durch den Konflikt um das tschechische Atomkraftwerk Temelin dann noch potenziert. Wesentliche Teile der politischen Eliten Österreichs – allen voran die FPÖ, die Grünen und Landespolitiker der ÖVP – taten so, als wäre Temelin das einzige Atomkraftwerk in der Nachbarschaft Österreichs; als hätten die anderen Beitrittskandidaten nicht auch nukleare Kraftwerke. Die FPÖ wollte, immer wieder in Verbindung mit der Polemik gegen die Benes-Dekrete, sogar die EU- Mitgliedschaft der Tschechischen Republik verhindern.

Dass dies letztlich nicht gelang; dass die ÖVP-FPÖ-Regierung beim Europäischen Rat Ende 2002 der EU-Erweiterung zustimmte und ein österreichisches Veto gegen den tschechischen Beitritt nicht zur Sprache kam, hat verschiedene Ursachen:

- Die schwere Wahlniederlage der FPÖ im November 2002. Die FPÖ sah sich danach, obwohl nach wie vor Regierungspartner der ÖVP, offenkundig nicht mehr in der Lage, die im Wahlkampf versuchte Mobilisierung gegen die EU-Erweiterung in Regierungspolitik umzusetzen. Die FPÖ war nach dem November 2002 nicht mehr stark genug, ernsthaft die Erweiterung zu stoppen, obwohl sie weiterhin mit fundamentaler EU- Kritik zu von sich reden machte.
- Die dominante Rolle, die sich die ÖVP in allen Fragen der Europapolitik durch die Ressortverteilung im Regierungsübereinkommen 2000 gesichert hatte. Europa- und Außenpolitik war die Domäne des ÖVP- Bundeskanzlers und der ÖVP- Außenministerin. Trotz regionaler politischer Exzesse von ÖVP- Politikern (z.B. die organisierte Blockade von Grenzübergängen zur tschechischen Republik) blieb die ÖVP auf ihrem europapolitischen Kurs, den sie letztlich mit beiden Oppositionsparteien, mit der SPÖ und den Grünen, teilte.

Die Bilanz des österreichischen Verhaltens gegenüber der EU- Erweiterung von 2004 war bescheiden: Österreich hatte diese Erweiterung nicht behindert. Vorangetrieben aber hatte Österreich, entgegen den Erwartungen, diese Erweiterung jedoch ebenso wenig.

Versuch einer zentraleuropäischen Blockbildung

Die von der ÖVP bestimmte Europa- und Außenpolitik hatte ab dem Jahr 2000 versucht, mit den vier Visegrad- Staaten (Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn) und Slowenien eine ursprünglich „strategisch“ genannte „regionale Partnerschaft“ aufzubauen. Das Motiv hinter

dieser österreichischen Initiative war, einen langfristig berechenbaren Kreis von Freunden in der EU zu haben.

Der Hintergrund war die Erfahrungen, die Österreich in den Monaten der bilateralen „Maßnahmen“ der EU-14 gegen die österreichische Regierung gemacht hatte. Der als Protest gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ von den 14 anderen EU-Regierungen zwischen Februar und September 2000 verhängte diplomatische Boykott zeigte Österreich, dass es offenkundig auf keinen Freundeskreis zählen konnte, der dem der Benelux-Länder und der nordischen Staaten innerhalb der EU entsprach. Die österreichische Regierung wollte daher schon vor dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten ein Netzwerk aufbauen, das in Zukunft Österreich in einen berechenbaren Freundeskreis zentraleuropäischer EU-Mitgliedstaaten eingebettet hätte.

Diese „regionale Partnerschaft“ war kein Misserfolg, aber auch kein wirklicher Erfolg. Zwar kamen die Außenminister der fünf Transformationsstaaten einige Male zu Treffen mit der österreichischen Außenministerin. Aber die gleichzeitig aufflammende, innenpolitisch motivierte Polemik gegen die Tschechische Republik entwertete Österreichs diplomatische Bemühungen. Überdies gab das Verhalten Polens immer wieder zu verstehen, dass sich die Regierung in Warschau sich lieber direkt mit Brüssel, bzw. – im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ – mit Berlin und Paris zu arrangieren gedachte und dafür keine spezielle Partnerschaft mit der Regierung in Wien benötigte.

Die Rolle Österreichs bei der Integration der vormals kommunistischen Staaten Ost-Mitteuropas in die EU war zwar wirtschaftlich bedeutsam. Die Investitionen der österreichischen Wirtschaft waren sehr gewichtig. Der österreichische Banken und Versicherungssektor expandierte in den zentraleuropäischen Raum, ebenso Teile der österreichischen Industrie. Dieses aus ökonomischer Rationalität kommende Engagement wurde aber politisch nur von den Eliten der Großparteien (und der Grünen), nicht aber von einem Großteil der Gesellschaft geteilt. Die „Osterweiterung“ der EU war in Österreich nicht populär – trotz der großen Erwartungen, die von der EU an Österreich als Pionier dieser Erweiterung gerichtet worden waren.

Auf dem Weg in die EU war Österreich für die postkommunistischen Staaten von besonderer ökonomischer, aber nur eingeschränkt von besonderer politischer Bedeutung. Österreich wurde von den Betroffenen – aus guten Gründen – letztlich eher als Bremser, jedenfalls nicht als Pionier dieser Erweiterung wahrgenommen.

Am 1. Mai 2004 wurden 10 neue Staaten in die EU aufgenommen. Die „Osterweiterung“ hatte stattgefunden. Mit dieser waren Krakau und Prag, Bratislava und Budapest und Ljubljana Teil einer Union geworden, der auch Österreich angehörte. Die Habsburg-Monarchie – Österreich-Ungarn – schien in gewisser Weiser wieder hergestellt. Doch der politische Verdienst Österreichs an diesem europäischen Großereignis war vernachlässigenswert, dieser Verdienst war jedenfalls weit unter den Erwartungen, die bei Österreichs Beitritt formuliert worden waren.

Überzogene Erwartungen – Fehlinterpretierte Geschichte

Die Ursachen für diese Distanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegen in einer falschen, weil naiven und einseitigen Wahrnehmung der österreichischen Geschichte. Wien um 1900 war nicht das kosmopolitische und multikulturelle Zentrum, das in Fehleinschätzung der Analysen Carl Schorskes, William Johnstons und anderer in beschönigendem rosarotem Licht gesehen wird. Und das alte Österreich war nicht ein Labor multinationaler Politik, in dem die verschiedensten Nationalitäten zu einer gemeinsamen, transnationalen Identität gefunden hätten.

Natürlich war Wien um und nach 1900 die Stadt Sigmund Freuds und Gustav Mahlers, Gustav Klimts und Egon Schieles, Otto Wagners und Adolf Loos', Arnold Schnitzlers und Stefan Zweigs, Moritz Schlicks und Hans Kelsens, Paul Lazarsfelds und Maria Jahodas, Joseph Schumpeters und Oskar Kokoschkas. Natürlich war das Wien des „fin-de-siècle“ eine intellektuell pulsierende, kulturelle überreiche Stadt. Aber zu diesem Wien und zu diesem – alten – Österreich gehört auch die Geschichte des politischen Versagens.

Ob und inwieweit Adolf Hitler von diesem Wien geprägt wurde, wird wohl immer Gegenstand des wissenschaftlichen Diskurses sein. Dass die Monarchie gerade in der Aufgabe versagt hat, die – rückblickend – als die Generalprobe der „Vereinigten Staaten von Europa“ bezeichnet werden kann, ist aber evident: Das alte Österreich hätte zum neuen Europa werden können. Dazu ist aber eben nicht geworden.

Im Abgeordnetenhaus vertraten Tomas Masaryk und Alcide de Gasperi ihre tschechischen und italienischen Wähler. Sie waren interessiert, aus der Vielfalt der Nationalitäten eine Union der Völker zu machen. Sie scheiterten – mussten scheitern – vor allem an den verschiedenen Nationalismen; zuallererst aber am Deutschnationalismus der politisch tonangebenden Nationalität. Dass in der ungarischen Reichshälfte der magyarische Nationalismus eine ähnliche, die wesentlichen demokratische Reformen verhindernde Rolle spielte, ergänzt nur dieses Bild. Und so wurde aus dem österreichischen Abgeordneten Masaryk der „Vater“ der tschechoslowakischen Republik – und der österreichische Abgeordnete de Gasperi wurde zur Schlüsselfigur der Republik Italien.

Wien war eben auch die Stadt, in der Karl Lueger einen populistischen, brutalen Antisemitismus – und eine gegen Migranten aus den nicht deutschsprachigen Gebieten der Monarchie gerichtete deutschnationale Assimilierungspolitik vertrat. Die österreichische Sozialdemokratie zerbrach in Böhmen und Mähren, weil sie die innerparteilichen Nationalismen nicht zu überbrücken vermochte. Und ein deutschnationaler Mob verhinderte in Innsbruck die Etablierung einer Universität, in der in der zweiten Landessprache Tirols unterrichtet werden sollte – in Italienisch.

Nicht zufällig benannte Hitler zwei Österreicher seiner Zeit als ihn prägende Schlüsselfiguren: Georg von Schönerer, dessen rassistischer (und antisemitischer) Deutschnationalismus für Hitler so etwas wie die Einführung in die reine Lehre des Herrenmenschentums bot; und eben jenen Christlichsozialen Karl Lueger, der dieses Herrenmenschentum, katholisch abgeschwächt, in populistisch-pragmatischer Form politisch umsetzte. Das fine-de-siècle in

Wien wurde nicht zum Nährboden eines multinationalen Europa – es war der Nährboden, aus dem der Holocaust entstand.

August Maria Knoll nannte den Nationalsozialismus das Bündnis zwischen dem preußischen Schwert und der österreichischen Narretei. Warum sollten, ein Jahrhundert später, ausgerechnet die Erben dieser Narretei besonders zum transnationalen Brückenschlag geeignet sein?

Deutscher als die Deutschen

Wien und Österreich haben (auch) slawische Wurzeln. Hunderttausende Menschen kamen aus den verschiedensten Teilen der Monarchie in die Haupt- und Residenzstadt. Wien wurde zu einer Metropole dank des Zuzugs von Menschen vor allem aus Böhmen und Mähren. Die meisten dieser Migrantinnen und Migranten hatten nicht Deutsch, sie hatten Tschechisch zur Muttersprache. Sie lernten Deutsch erst in Wien – und erfuhren eine Vielfalt von kleinlichen Diskriminierungen im Alltag einer Stadt und eines Großraumes, der politisch (von Schöner, von Lueger, aber auch von der Sozialdemokratie) als „deutsch“ definiert war.

Dass – wie es so oft heißt – im Wiener Telefonbuch mehr tschechische Namen stehen als in jeder anderen Stadt außer in Prag ist die eine Seite dieser Massenmigration vor und um 1900. Dass die meisten dieser mit tschechischer Muttersprache Geborenen sich um rasche Assimilierung bemühten und deshalb oft auch bereit waren, die ihnen begegnenden Vorurteile zu übernehmen, das ist die andere Seite. Nur ein kleiner Teil der „Wiener Tschechen“ optierten nach 1918 dafür, sich als tschechische Minderheit in Wien zu definieren und die tschechische Sprache zu pflegen. Die meisten waren innerhalb einer Generation „eingedeutscht“: in vielen Fällen auch durch die „Germanisierung“ ihrer slawischen Namen. Die meisten wollten ihre tschechischen Wurzeln vergessen machen.

In Gerhard Botz' Buch über das Wien des Jahres 1938 wird in den dort veröffentlichten Verzeichnissen der Funktionäre der NSDAP deutlich, wie sehr das slawische, in diesem Sinne nicht-deutsche Element Wiens in die NSDAP eingebunden war. Ein hoher Anteil der Wiener und der österreichischen Nationalsozialisten war slawischer Herkunft, wie deren Namen belegen. Der „Schlächter von Lublin“, Odilo Globocnik, ist nur der Prominenteste unter ihnen.

Was bedeutet das für die Mentalität von Personen, die – trotz oder wegen ihrer Herkunft aus einem nach nationalsozialistischer Diktion minderwertigen „Volk“ – sich den Predigern ihrer eigenen Minderwertigkeit in die Arme werfen? Was bedeutet das für die Kultur einer Gesellschaft, in der wegen ihres „Blutes“ verachteten Menschen übereifrig diese pseudowissenschaftliche Ideologie des „Blutes“ übernehmen?

Das alles spricht für eine vielfache Brechung der Menschen und der Gesellschaft. Der alltägliche Deutschnationalismus und der alltägliche Antisemitismus der Zeit um 1900 hat Selbsthass produziert. Dieser Selbsthass hat bei Otto Weininger zum konsequenten Ende geführt, zum Selbstmord: Das Gebräu des fin-de-siècle bot einem Wiener Juden, der die Essenz dieser pseudowissenschaftlichen Lehre von „Rasse“ und „Blut“ akzeptierte, keinen anderen Ausweg. „Tut nichts – der Jude wird verbrannt!“ Mit diesem Satz hat Lessing in seinem

„Nathan“ das Wesen des mörderischen Antisemitismus auf den Punkt gebracht – was immer „der Jude“ tut, es hilft ihm nichts, er ist zu töten.

Anders die Menschen slawischer Herkunft. Slawen sollten dienen – sie sollten den Herrenmenschen nützlich sein. Die Grenze zwischen den Deutschen und den „arischen“ Nicht-Deutschen war nicht wirklich streng, und vor allem war sie nicht mörderisch gezogen. Österreichern und Österreicherinnen slawischer Herkunft stand daher eine Fluchtmöglichkeit offen, die der mörderische Antisemitismus Juden nicht erlaubte – die Flucht in die Anpassung, in die Assimilation, schließlich in die Über-Assimilation. Diese Flucht in das „Deutschtum“ war daher nur zu oft die Flucht in die extremste Form des Deutschnationalismus, in den Nationalsozialismus.

Dieser durch den alltäglichen Deutschnationalismus und Antisemitismus verursachte Prozess konnte von den Betroffenen nicht rational verstanden werden, weil damit ja die Einsicht in die Akzeptanz der eigenen Minderwertigkeit verbunden gewesen wäre. Jede Erinnerung an die eigenen nicht-deutschen (vor allem slawischen und hier wiederum vor allem tschechischen) Wurzeln provozierte Abwehrhaltungen.

Nur so ist zu erklären, dass in Österreich die Tschechische Republik von allen Nachbarstaaten regelmäßig besonders wenig Sympathiebekundungen erhält; und dass die negative Einstellung zur Erweiterung der EU auf die Tschechische Republik fokussiert war. Es war eine Einstellung, die sich nicht im Widerspruch der historischen Nähe, sondern in deren konsequenter Vollendung manifestierte.

Bibliographie

Botz, Gerhard: „Wien vom ‚Anschluss‘ zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39. Wien 1978 (Jugend und Volk).

Hamann, Brigitte: „Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators.“ München 1996 (Piper).

Johnston, William M.: „The Austrian Mind: An Intellectual and Social History, 1848 – 1938. Berkeley 1972 (University of California Press).

Kann, Robert A.: „The Multinational Empire: Nationalism and National Reform in the Habsburg Monarchy, 1848 – 1918. 2 volumes. New York 1950 (Columbia University Press).

Le Rider, Jacques: „Der Fall Otto Weininger. Wurzeln des Antifeminismus und Antisemitismus.“ Wien 1985 (Löcker).

Lugmayr, Martin: „Österreich und die EU-Osterweiterung. Maximale Chancen – Maximale Risiken.“ Frankfurt am Main 2002 (Peter Lang).

Pelinka, Anton: „Austria. Out of the Shadow of the Past.“ Boulder 1998 (Westview).

Demokratiezentrum Wien

Onlinequelle: www.demokratiezentrum.org

Printquelle: Unveröffentlichtes Manuskript. Vortrag, 16. Oktober 2004 – Internationales Kolloquium „Von der Doppelmonarchie zur Europäischen Union. Österreichs Vermächtnis und Erbe.“ Universität des Saarlandes, 14. bis 16. Oktober 2004.

Rupnik, Jacques (Hg.): «Les Européens face à l'élargissement. Perceptions, acteurs, enjeux.» Paris 2004 (Presses de Sciences Po).

Schorske, Carl E.: «Fin-de-Siècle Vienna: Politics and Culture.» New York 1980 (Alfred Knopf).